

LINKE U M

Zeitung des Kreisverbandes und der Kreistagsfraktion DIE LINKE Uckermark

www.dielinke-uckermark.de

Seit 11 Jahren Hilfe für Nastja

Solidarität, weltweit und vor Ort – das ist das Motto des „Solidaritätsdienst International e.V.“ (SODI), der nach der Wende aus dem Solidaritätskomitee der DDR-Gewerkschaft FDGB hervorgegangen war. Diesem Motto folgen auch die Schwedter SODI-Aktivistinnen und -Aktivisten, die sich gemeinsam mit anderen SODI-Gruppen aus Städten entlang der Oder vor allem für die Unterstützung der Opfer der Nuklearkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima einsetzen. „Seit

1996, damals jährte sich der Reaktorunfall von Tschernobyl zum zehnten mal, helfen wir vor Ort den Betroffenen, die immer noch verstrahlte Nahrung zu sich nehmen“, berichtet Christa Dannehl aus Schwedt. „Wir unterstützen Einsätze, bei denen die Strahlenbelastung der Betroffenen, vor allem sind es Kinder, gemessen werden und finanzieren Pektinkuren die ihnen helfen, die Radionuklide wieder aus dem Körper auszuschwemmen“, erläutert sie. So wurde durch die Hilfe von SODI-Gruppen in diesem Jahr beispielsweise der Kauf eines dringend notwendigen neuen Fahrzeuges als mobile Messstation möglich.

Auch weitere medizinische Behandlungen und Sanatoriumsaufenthalte von Kindern, insgesamt sind es bisher 7 000 Kurkinder, gehören zum Hilfsppektrum von SODI.

„Bei all unseren Aktionen, die sich vor allem auf das Dorf Sokolowka konzentrieren, das in einem von den Strahlungen betroffenen Gebieten von Mogilev liegt, arbeiten wir eng mit Helfern vor Ort zusammen, beispielsweise mit dem unabhängigen Institut für Strahlensicherheit „Belrad“, das ins Minsk ansässig ist“, berichtet Christa Dannehl. „In Sokolowka wurde, durch uns finanziert, eine stationäre Messtation aufgebaut, mit der die Bewohner auch aus den umliegenden Dörfern die Strahlenbelastung ihrer Lebensmittel messen können.“

Hilfe vor Ort leisten: in einem ganz besonderen Fall weichen Christa Dannehl und die anderen SODI-Aktivisten von die-

sem Prizip ab. Und dieser Fall betrifft das Schicksal von Nastja Molschanowa. Das weißrussische Mädchen wurde 1999 mit einem missgebildeten Bein geboren – eine Spätfolge von Tschernobyl. „Im Jahr 2005 erreichte SODI der Hilferuf, dass Nastja dringend eine andere Prothese braucht, damit sie überhaupt zur Schule gehen kann“, erinnert sich Christa Dannehl. Sie holte das Mädchen nach Schwedt, wo

Nastja eine Prothese erhielt, mit der sie auch sitzen

kann, „nicht zuletzt dank der großzügigen Unterstützung des Schwedter Klinikums und des Sanitätshauses Fuchs“, berichtet sie. Seitdem besucht Nastja die Stadt Schwedt einmal jährlich, hat über all Jahre hinweg jedesmal eine neue Prothese erhalten, wurde medizinisch behandelt, absolvierte Therapiestunden und lernte Deutsch. „Immer wieder neue Prothesen waren notwendig, weil sie ja an das Wachstum von Nastja angepasst werden mussten“, sagt sie. Im vergangenen Jahr erhielt sie erstmals eine Prothese auch mit einem beweglichen Fußgelenk, das entlastet das andere Bein zusätzlich. „Und das ist wichtig, damit es im gesunden Bein nicht zu weiteren Fehlbelastungen kommt“, berichtet sie. Nun wird Nastja 17 Jahre alt. Die Helferinnen und Helfer von SODI gehen davon aus, dass sie diese Art von Unterstützung im Jahr 2018 beenden können. Nastja wird dann nicht mehr wachsen. Sie will ein Studium aufnehmen, sie will IT-Technikern werden. „Das heißt aber nicht, dass damit die Beziehung zu Nastja aufhört“, sagt Christa Dannehl. Über die Jahre hinweg ist eine enge Bindung zu ihrer Gastfamilie und einer Reihe von Bürgern in Schwedt und Umgebung entstanden. „Und Nastja ist ein tolles Mädchen, unglaublich bescheiden. Und die Hilfe, die wir ihr gegeben haben, hat sie uns mit ihrer Liebe und Dankbarkeit tausendfach zurückgegeben.“



Nastja mit ihrer neuen Prothese, die erstmals ein bewegliches Fußgelenk hat.

Zu dieser Ausgabe

„Linksrum“ ist wieder da! Das Informationsblatt unseres Kreisverbandes



Heidi Hartig Uckermark informiert über wichtige politische und gesellschaftliche Entwicklungen, die die LINKE in der Uckermark und im Land Brandenburg bewegen. In dieser Ausgabe informieren wir unter anderem über die Haltung unserer Partei zur geplanten Kreisgebietsreform und wir stellen unsere Haltung zur Kulturförderung dar, die wir gerade im ländlichen Raum für äußerst wichtig halten. Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.

Ihre Heidi Hartig,
Kreisvorsitzende Uckermark



In Brandenburg stehen die Zeichen auf Kreisgebietsreform. Eine Möglichkeit für den Nordosten: Ein Zusammengehen der Landkreise Barnim und Uckermark.

Gute Lösung für das Land angestrebt

Auf Landesebene sieht DIE LINKE dringenden Handlungsbedarf, um die Verwaltungen zukunftsfest zu gestalten. „Linksrum sprach“ mit der Landtagsabgeordneten Anke Schwarzenberg.

Nicht wenige Menschen haben Angst vor dieser Reform. Sie fürchten Identitäts- und Bedeutungsverlust sowie eine größere Entfernung zu den Verwaltungsdienstleistungen.

Ich kann die Ängste verstehen, halte sie aber für unbegründet. Verwaltungsdienstleistungen für den Bürger wird es auch weiter vor Ort bei den Kommunen geben. Und auch die Funktionalreform II soll sichern, dass weitere Aufgaben von den Landkreis auf die Kommunen übertragen werden. Am Ende werden wichtige Verwaltungsleistungen noch dichter bei den Bürgern sein als zuvor.

Ihr Kollege Heiko Poppe kritisiert gerade, dass dieser zweite Teil der Reform, die Übertragung von Aufgaben auf die Kommunen, noch nicht ausgehandelt ist.

Auch ich sehe hier noch Handlungsbedarf, hier muss das Leitbild, mit dem wir in die Reform gehen, noch detaillierter und klarer geformt werden.

Kreisgebietsreform: Was sagt DIE LINKE im Land und im Kreis?

Welche Leistungen könnten denn Ihrer Meinung künftig durch die Kommunen geregelt werden?

Man kann in diesem Zusammenhang darüber reden, wer künftig für die Kfz-Zulassung zuständig ist oder die Bauämter oder bestimmte Aufgaben des Personenstandswesens, um nur einige zu nennen. Darüber kann aber nicht der Landtag allein befinden. Hier sind auch der Landkreistag und der Städte- und Gemeindebund gefragt, die Aufgabenteilung auszuhandeln.

Da liegt wohl der Hase im Pfeffer. Man hört, dass Landkreistag und Städte- und Gemeindebund sich schwer mit einer einvernehmlichen Aufgabenverteilung tun. Weil sie niemanden an die eigenen Pfründe lassen wollen?

Das mag damit etwas zu tun haben. Dass allerdings die Aufgabenverteilung reformiert werden muss, ist Bestandteil dieser Reform. Deshalb wären die Partner gut beraten, sich zu einigen.

Verwaltung muss zukunftssicher werden

der Kreise überhaupt keinen Sinn machen. Eine Kreisneugliederung ohne gleichzeitige Funktionalreform mit neuer Aufgabenverteilung wäre mit uns nicht zu machen.

Nun wird über die Verteilung von Aufgaben von den Kreisen auf die Kommunen momentan aber noch gar nicht gesprochen.

Das soll erst 2019 geschehen, nach der Kreisreform. Darüber sind wir nicht ganz glücklich, denn das halten wir für den zentralen Punkt der Verwaltungsreform: die Dienstleistungen der Verwaltungen so dicht wie möglich an den Bürger bringen, was es ja wäre, wenn beispielsweise die Kfz-Zulassung bei den Kommunen und nicht mehr beim Landkreis wäre. Oder die Bauämter. Wir in der Uckermark hätten solche Reformen lieber gleich mit der Kreisgebietsreform festgezurr. Aber in einer Koalition - ich blicke nach Potsdam - ist man ja nie allein.

Von anderen Parteien hört man ein entschiedenes Nein zur Kreisgebietsreform.

Ja, die Christdemokraten führen eine sehr emotional gefärbte Debatte. Aber am Ende des Tages werden auch sie sich mit rationalen Argumenten auseinander setzen müssen.

Wie stellt sich DIE LINKE in der Uckermark zur geplanten Kreisgebietsreform? „Linksrum“ sprach darüber mit Heiko Poppe von der Kreistagsfraktion Uckermark.

Herr Poppe, gehen die LINKEN mit wehenden Fahnen in die Gebietsreform, gegen alle auch berechtigten Bedenken?

Mit wehenden Fahnen sicherlich nicht. Wir sehen aber schon, dass Verwaltung in einem immer dünner werdenden Raum immer teurer wird. Und dass es einer Reform bedarf, wenn wir die Verwaltungen zukunftssicher und vor allem bezahlbar gestalten wollen.

Muss man dafür Kreise fusionieren? Reichte es nicht einfach aus, Aufgaben umzuverteilen?

Es braucht beides. Sie sprechen einen für die LINKE ganz wichtigen Punkt an: Ohne eine Umverteilung von Verwaltungsaufgaben zwischen Landkreise- und Kommunalebene würde eine Neustrukturierung

Zwischen Potsdam und der Uckermark

Eigentlich fehlt ihrem Namen das kleine Häkchen über dem e, das accent tegu, das dem Buchstaben seine gedehnte französische Tonfärbung verleiht. Isabelle Vandre spricht ihren Namen trotzdem so aus, als wäre es vorhanden. Bei ihrem Vater war es auch noch so, bei der Hochzeit ihrer Eltern ging es dann jedoch verloren. Man könnte diesen Lap- vielleicht aus- und die korrekte Namensgebung nachholen lassen, sagt sie. „Aber das wäre ein riesiger Aufwand, wir müssten das Standesamt in Thüringen, bemühen und auch noch mal nach Eberswalde, in meinen Geburtsort, fahren. Das ist den Aufwand nicht wert“, sagt sie. „Außerdem hat sie anderes zu tun.“

Die 26jährige Studentin der Politikwissenschaft sitzt seit den letzten Landtagswahlen für DIE LINKE im Landtag und hat sich sozusagen die Uckermark als Wahlkreis erkoren. Nach dem Ausscheiden von Torsten Krause aus dem Parlament war diese Region für die linke Landtagsfraktion verwaist. Isabelle Vandre ist in Eberswalde und Oranienburg groß geworden, kennt die Probleme des ländlichen Raumes. Und seit etlichen Kreisbereisungen die der Uckermark ganz im Besonderen. „Die Sicherung der Kultur im ländlichen Raum liegt mit beispielsweise sehr am Herzen. Kulturelle Teilhabe bedeutet nicht nur, dass es in der Landeshauptstadt kulturelle Angebote gibt, sondern auch, dass die Menschen vor Ort an der Kultur partizipieren können“, sagt sie. Konkret bedeutet das für sie, dass sie sich gemeinsam mit anderen LINKEN-

Politikern für eine bessere Finanzierung des Multikulturellen Centrums Templin in der Uckermark stark gemacht hat. Es soll künftig auf mehreren finanziellen Füßen stehen. Neben der Bezu- schussung durch die Stadt Templin kann sie sich eine Förderung durch den Landkreis Uckermark und das Land vorstellen. In den Gremien des Kreistages wurden diese Ideen bereits diskutiert. Und auch für die Uckermärkischen Bühnen Schwedt (ubs) und die Uckermärkische Kulturagentur als Trägerin des Preußischen Kammerorchesters habe DIE LINKE mit für eine auskömmliche Finanzierung gesorgt, sagt sie. Aber auch die anderen Themen, die das Land bewegen, wie die Flüchtlingspolitik, die geplante Verwaltungsstruk-

tur- und Kreisgebietsreform oder die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus hat die junge Politikerin im Blick. „Und zwar immer unter dem Aspekt, wie sich Gesetzgebungsverfahren und Beschlüsse im Potsdamer Parlament auf die Arbeit und das Leben der Menschen vor Ort auswirken“, erläutert sie. Isabelle Vandre sieht ihre Position als die einer Vermittlerin zwischen dem Parlament und „dem Leben draußen“. Es sei wichtig, dass die Informationen, Ideen und Vorstellungen aus der Tiefe des Landes die Parlamentarier in Potsdam erreichen: als Korrektiv und Anregung für die Gestaltung von Politik im Land. Mit 26 im Landtag, Mitglied im Fraktionsvorstand und Mitge-

alterin in so wichtigen politischen Komplexen wie dem NSU-Untersuchungsausschuss, der sich mit möglichen Verfehlungen des brandenburgischen Verfassungsschutzes im Umgang mit der rechtsextremistischen Terrorzelle befasst: dass Isabelle Vandre ein derart politisches Leben eingeschlagen hat, führt sie vor allem auf ein Schlüsselerlebnis zurück. 2008 hatten Mitglieder einer rechtsextremen Jugendorganisation am Tag der Befreiung Porzellanpuppen in der Stadt auf die Straßen gelegt, ihnen die Köpfe eingeschlagen und sie mit dem Spruch versehen: „Meine Befreier fanden mich so toll, dass sie mich vergewaltigt haben – 8. Mai Tag der Schande.“ Diese Anspielungen auf die unbestrittenen Vergewaltigungen durch die rote Armee im Kontext zum Tag der Befreiung vom Faschismus, „und das ausgerechnet noch in Oranienburg, dem Ort von Sachsenhausen und der Zentralverwaltung des gesamten KZ-Reichs der Nazis, fand ich unfassbar“, erinnert sie sich. Dieses Erlebnis habe sie politisiert, sie habe sich daraufhin entschlossen, sich gegen Rechts zu engagieren. „Und ich wollte verstehen, welche Mechanismen dazu führen, dass Menschen ein solches Gedankengut pflegen“, sagt sie. Das habe nicht zuletzt auch den Ausschlag für die Wahl ihres Studiums gegeben: „Politikwissenschaft“ an der Freien Universität Berlin. Die Bachelor-Arbeit ist geschrieben, das Studium in den letzten Zügen. Ansonsten hat Isabelle Andre wirklich gut zu tun mit der Partei- und Parlamentsarbeit in Potsdam und mit der Wahlkreisarbeit in Oberhavel und in der Uckermark. Da ist nun wirklich kein Platz für Gedanken an das fehlende Häkchen über dem e.

Im Porträt:
Isabelle
Vandre



Mehr Geld für die Kultur nach zwölf Jahren Verzicht eingefordert

In einem ist sich der Kreistagsabgeordnete der LINKEN Axel Krumrey sicher: „Wenn wir es ernst meinen mit der Kulturförderung in der Uckermark, dann wird es höchste Zeit, dass wir die Förderung für die Kultureinrichtungen der Region aufstocken.“ Seit zwölf Jahren ist der Anteil, des Landkreises Uckermark für die Uckermärkischen Bühnen Schwedt (ubs) und die Uckermärkische Kulturagentur mit dem Preußischen Kammerorchester bei jeweils 500 000 Euro gedeckelt. Und das trotz steigender Kosten und einer Inflationsrate, die in etwa bei zwei Prozent liegt. „Hätte der Kreis in all den Jahren nur diese ausgeglichen, müsste der Zuschuss mittlerweile schon etwa 25 Prozent höher liegen“, rechnet Krumrey vor. Das hatte der Landkreis nicht getan, deshalb sei es jetzt höchste Zeit, nachzubesern, um die Existenz der Kultureinrichtungen in der Uckermark nachhaltig zu sichern. Darüber gab es im Kreistag mittlerweile fraktionsübergreifend Übereinstimmung. Beispielsweise wur-



Die Schneekönigin begeisterte die kleinen Zuschauer des MKC in Templin.

de ein höherer Zuschuss für die abs beschlossen und vertraglich festgezurr. Die abs erhalten ab 2017 jährlich ein Prozent mehr Zuschuss. Ein gleichlautender Beschluss sollte im Februar auch für die Uckermärkische Kultur-

agentur gefasst werden. Doch das scheiterte am Widerstand der LINKEN. „Wir wollten eine Erhöhung des Zuschusses um zwei Prozent, lediglich ein Prozent erschien uns nicht ausreichend“, begründete Krumrey. Er erinnert in diesem

Zusammenhang an die besondere Verantwortung des Landkreises für das Orchester, dessen Träger er ja einmal gewesen war. In der politischen Debatte deutet sich in dieser Frage jetzt ein Kompromiss an: Der Zuschuss des Krei-



Das Preußische Kammerorchester steht beim Landkreis mit 60 Konzerten pro Jahr unter Vertrag.

ses wird ab 2017 auf 505 000 Euro erhöht und davon ausgehend werden dann die einprozentigen Steigerungen berechnet. „Das hat zur Folge, dass es im ersten Jahr wirklich 2 Prozent mehr gibt und in den Folgejahren allerdings ein-

prozentige Steigerungen folgen“, sagt Krumrey. „Mit einem solchen Kompromiss können wir leben.“ Der Kreistag wird drüber auf seiner Sitzung am 15. Juni entscheiden. In ihrer Kulturoffensive hat DIE

LINKE auch noch eine weitere Kultureinrichtung im Blickfeld. Das Multikulturelle Centrum Templin (MKC), das in den 1990er Jahren bereits durch den Landkreis Uckermark gefördert worden war, soll ab dem kom-

menden Jahr erneut in den Genuss uckermärkischer Zuschüsse kommen. Dessen ChefIn Kathrin Frese hatte bereits im vergangenen Jahr um Hilfe gerufen: Steigende Kosten und vor allem der Wegfall von ABM-Stellen hatten die Einrichtung in Bedrängnis gebracht. Nun soll der Landkreis wieder in die Förderung einsteigen. „Wir waren ohnehin schon immer der Auffassung, dass das MKC als große Kultureinrichtung, dessen Bedeutung weit über Templin hinausgeht, vom Landkreis unterstützt werden soll“, konstatiert Krumrey. Bereits im Jahr 2009 hatte der Kreistag auf Antrag der Fraktion DIE LINKE einen derartigen Beschluss gefasst. Dieser war aber durch den damaligen Landrat Klemens Schmitz beanstandet und kassiert worden. Nun soll der Kreistag einen zweiten Anlauf nehmen, um das MKC zu unterstützen. Denkbar sei, dass das Land Brandenburg, der Landkreis und die Stadt Templin zu gleichen Teilen für den Mehrbedarf aufkommen, den das MKC hat, um sein Programm zu sichern.

Von Wanderlehrern, mobilen Praxen und dem schönen Leben auf dem Lande...

„Ich will es mal ganz grob formulieren“, sagt Anke Schwarzenberg, die für DIE LINKE in der Enquete-Kommission „Ländlicher Raum“ des brandenburgischen Landtages sitzt. „Im ländlichen Raum gibt es Landstriche mit einer sehr geringen Siedlungsdichte. Dörfer erscheinen verlassen. Aber das ist kein Grund, Dörfer in diesen Regionen in Brandenburg aufzugeben. Und das wollen wir auch nicht.“ Das letzte Mal sei das im großen Stil in Folge des 30jährigen Krieges geschehen. Heute aber könne kluges politisches Handeln helfen, einem weiteren Ausdünnen des ländlichen Raumes entgegenzuwirken. Und genau aus diesem Grund hat der Landtag die Enquete-Kommission gegründet, die sich mit Perspektiven des ländlichen Rau-

mes befassen soll um ein Konzept für die Daseinsvorsorge zu entwickeln. „Es ist ja kein Geheimnis, dass das Land Brandenburg zweigeteilt ist: in den Speckgürtel, mit Bevölkerungszuwachs und in die Berlin-fernen Regionen, mit abwandernder Bevölkerung. Die demografische Entwicklung vollzieht sich in allen Teilen Brandenburgs. Das Grundgesetz verpflichtet uns zur Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in allen Landesteilen. Also müssen wir tätig werden“, erklärt die Politikerin. Unsere Themen sind Leistungen der Daseinsvorsorge, wie Mobilität, Erhalt und Ausbau der technischen Infrastruktur, einschließlich des Zugangs zur digitalen Welt. Uns geht es um den Zugang zu Bildung und Kultur, die bezahlbare Aufrechterhaltung der Wasser- und Abwassersysteme,

des Brand- und Katastrophenschutzes sowie die Sicherung der regionalen Wertschöpfung. „Hinter diesen allgemeinen Themen verbergen sich ganz reale Fragen des Alltags: Fährt der Bus noch? Kommt der Arzt noch in meine Region? Muss die Schule im Dorf dichtmachen? und ähnliche Probleme. Darauf suchen wir Antworten, die ein Leben auf dem Lande auch künftig gewährleisten. Jede ländliche Region in Brandenburg hat ihre Reize und Schönheit in der Landschaft und eine ganz eigene Wohn- und Lebensqualität“, ist Anke Schwarzenberg überzeugt. Unkonventionelles Herangehen hilft bei der Bewältigung dieser Aufgaben. Und so denken die LINKEN-Politiker in der Enquete-Kommission gern auch mal quer. Wenn der Schulweg zu weit für die Schüler ist, dann können

doch die Lehrern zu den Schülern kommen, beispielsweise. Die Ein-

richtung von Schulzentren können helfen, um Schule im ländlichen

Raum zu halten. Von dort aus können die Lehrer zu den Schulen in

der Nachbarschaft aufbrechen, als Wanderlehrer sozusagen. Denkbar

wäre auch die Einrichtung von sogenannten multifunktionalen Zentren, in denen eine ganze Reihe von Dienstleistungen konzentriert wäre. Eine gemeinsame Nutzung hilft dabei, Kosten zu senken. „An einem Tag kommt der Arzt, am nächsten die Kosmetikerin oder die Fußpflege, dann wieder der Sanitätsdienst. Der Dorfladen kann gleichzeitig auch Poststelle sein. Solche und ähnliche Ideen beleuchten wir in der Kommission und entwickeln daraus Handlungsempfehlungen für die Zukunft“, erläutert sie. „Vergessen dürfen wir nicht die regionale Wertschöpfung und die Direktvermarktung von regionalen Produkten“, fügt sie hinzu. Aber das sei für die Uckermärker, die schon längst den Vermarktungsverbund „Q-Regio“ gegründet haben, ja schon nichts Fremdes mehr.



Eine gedeihliche Entwicklung des ländlichen Raums gehört zu den zentralen politischen Anliegen der Linkspartei.

DIE LINKE sagt Ja zur Windkraft, aber nur mit einem soliden Windplan

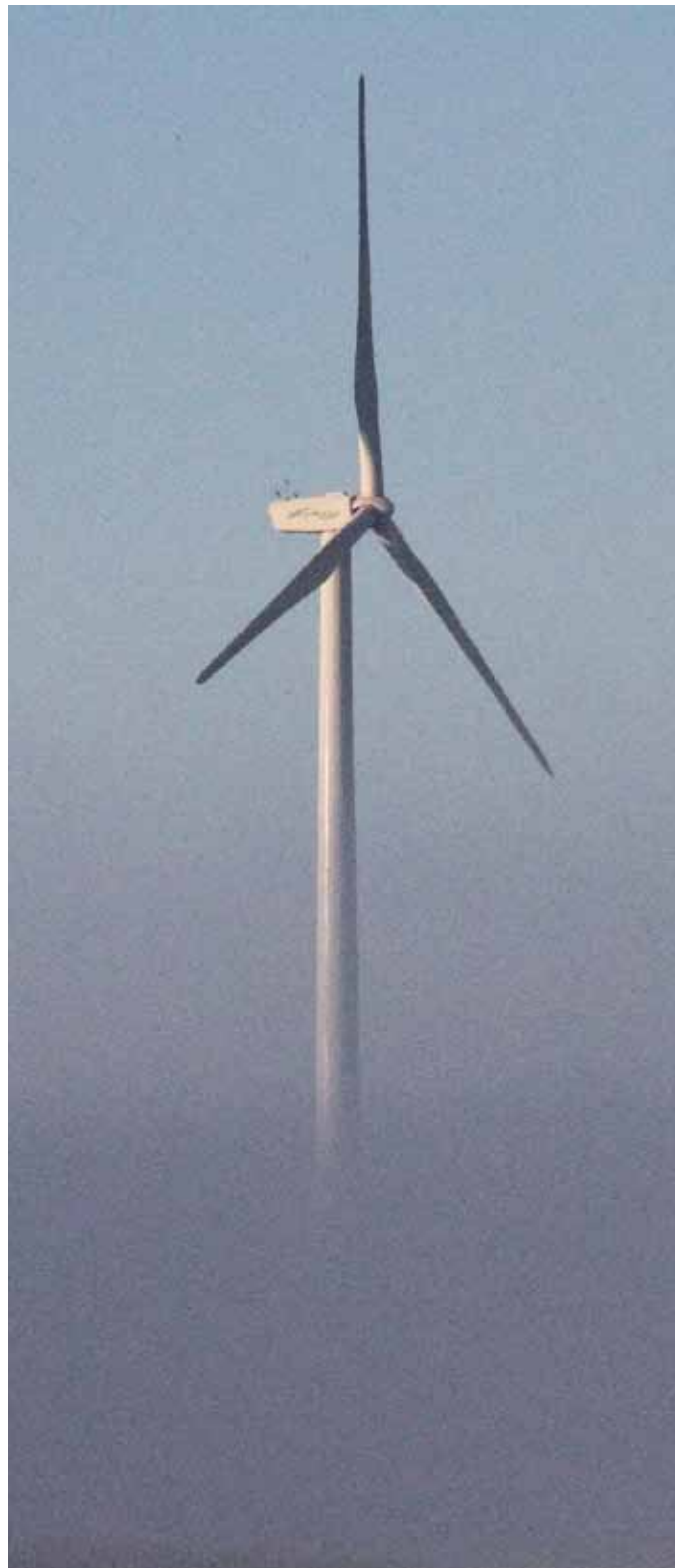
In der Uckermark gab und gibt es nicht wenige Bürgerinitiativen, die mit der Windkraft auf Kriegsfuß stehen. Die wohl erste Anti-Windkraft-Initiative im Land Brandenburg überhaupt stammt von hier, die der umtriebige Wartiner Professor Hans-Joachim Mengel vor ungefähr zehn Jahren unter dem Namen „Rettet die Uckermark“ ins Leben rief. Kein Wunder, ist die Dichte der Windräder gerade in der Uckermark so groß wie in keinem anderen Landkreis im Land. Und an ihrem Anblick, an den Geräuschen die sie machen und an dem Schattenwurf ihrer Flügel stören sich nicht wenige Uckermärker.

DIE LINKE stört sich daran nicht. Und dafür gibt es mehrere gute Gründe, findet der Kreistagsabgeordnete Heiko Poppe von den Linken. „Die Zukunft gehört den regenerativen Energiequellen und die Windkraft ist eine davon. Das ist unstrittig“, sagt er. „Und die brandenburgische LINKE hat den Beschluss gefasst, bis zum Jahr 2040 aus der Kohleförderung auszusteigen. In der Koalition mit der SPD sind wir den für viele von uns schmerzhaften Kompromiss eingegangen, neuen Tagebauen zuzustimmen. Aber das ist wirklich nur ein Kompromiss. Grundsätzlich stehen wir für den Umstieg von der Kohle auf erneuerbare Energiequellen. Und das geht unter anderem nur mit der Nutzung der Windkraft“, sagt Poppe.

Natürlich sieht auch die LINKE, dass die Nutzung der Energiequelle Windkraft durchaus Probleme mit sich bringt. Die Lärm- und Schattenbelästigungen sind nicht von der Hand zu weisen. „Deshalb ist es wichtig, dass der Bau von Windkraftanlagen durch die Regionalplanung geregelt wird. Der Regionalplan legt fest, wo Windkraftanlagen gebaut werden dürfen und wo nicht. So kann man vermeiden, dass sie

zu nah an Wohnsiedlungen gebaut werden“, erläutert der Politiker. „Gäbe es diese Planungen

nicht, würde automatisch die Privilegierung für Windkraftanlagen gelten und sie könn-



Windkraftanlage bei Hohengüstow in der Uckermark. Die Linken setzen auf diese Energiequelle.

ten fast überall gebaut werden. Wildwuchs wäre die Folge. Und das wollen wir nicht. Das wollen auch die Bürgerinitiativen nicht, die gegen Windkraftanlagen kämpfen. Aber sie provozieren es“, sagte Poppe mit Blick auf die Absicht einer Bürgerinitiative, die in Crussow ansässig ist, gerichtlich gegen den mittlerweile beschlossenen Windplan zu Felde zu ziehen.

Die LINKE ist froh, dass es diesen Windplan gibt. Er gebe Planungssicherheit für die Windinvestoren und berücksichtige die Interessen der Bewohner der Region, die sich nicht von den Windfeldern erdrückt fühlen wollen. Er passe auch in die Energiestrategie für das gesamte Land Brandenburg, der in der ersten Legislaturperiode der Koalition von SPD und LINKE unter der Regie des damaligen Wirtschaftsministers Ralf Christoffers erarbeitet worden war. „Dieser Plan sieht vor, dass zwei Prozent der Fläche des Landes für die Windkraftnutzung vorgesehen sind. In der Uckermark liegen wir mit den Vorgaben des Windplanes in etwa bei dieser Größenordnung. Wir passen uns also ganz gut in die Landesplanung ein“, erläutert Heiko Poppe. Aus diesem Grund ist die LINKE auch dagegen, dass Brandenburg dem bayerischen Modell der Berechnung von Abstandsregelungen folgt. In Bayern gilt die zehnfache Nabenhöhe der Windkraftanlage als Mindestabstand zur nächsten Siedlung. „Das würde bei 200 Meter Nabenhöhe einen Mindestabstand von zwei Kilometern bedeuten. Das sehen unsere aktuellen Windkraftplanungen nicht vor. Und das würde diese Planungen auch durcheinanderbringen. An vielen Standorten könnten bei einem solchen Szenario gar keine Windkraftanlagen mehr gebaut werden. Und dem stimmen wir als LINKE nicht zu“, macht Heiko Poppe klar.



Diese Kinder freuen sich, dass ihnen der Start ins Schulleben erleichtert wurde.

Die Schultüten wollen gefüllt werden

Die Schultüten-Aktion, die DIE LINKE Uckermark vor sieben Jahren in Prenzlau initiiert hat, um auch den Kindern weniger begüterter Familien eine gut gefüllte Schultüte und einen tollen Schulstart zu ermöglichen, geht in diesem Jahr in die achte Runde.

„Gemeinsam mit unserem bewährten Partner des sozialen Dienstleisters Stegemann & Göde (SoFa) treten wir an, auch in diesem Jahr wieder Spendengelder einzuwerben, die uns helfen, die Schultüten zu füllen“, sagt Initiator Jörg Dittberner. Unter dem Motto „Gemeinsam“ sind wir stark wollen er und seine Mitstreiter den Kindern den Schulstart

erleichtern und ihnen einen Ranzen und eine Zuckertüte vollpacken. Dabei haben sie im Hinterkopf, was ein glückliches

Schulkind so alles braucht: einen strapazierfähigen Schulranzen, einen Patronenfüller, einen Fineliner (blau), mindestens zwei Bleistifte, einen Anspitzer, ein Radiergummi, einen Satz Buntstifte, ein Plastelineal, ein Pinsel-Set, Schulfarben, eine Mischpalette, einen Plastebecher, eine Packung Knete, Buntpapier, Zeichenblöcke, Filzstifte, eine Schere, einen Klebestift, natürlich nicht zu vergessen das Hausaufgabenheft, einen Löschblattblock, eine Federtasche, eine Brotbüchse, Papiertaschentücher und vieles mehr.

Die Prenzlauer Schultütenaktion kann auf eine erfolgreiche Geschichte zurückblicken.

Mehr als 22.000 Euro wurden in den zurückliegenden sieben Jahren gespendet. „Ein für uns sehr erfüllendes Er-

lebnis, wenn wir an die strahlenden Kinderaugen denken“, resümiert Jörg Dittberner. Über 250 Kinder konnten so mit gefülltem Schulranzen und Schulmaterialien ausgestattet werden. Das habe ihnen einen sehr guten Start ins Schulleben ermöglicht. Parallel zur Prenzlauer Schultüten-Aktion läuft eine ähnliche Spendensammlung auch in Schwedt. Dort sorgen die AG Kinderarmut mit Unterstützung der LINKEN und einer Reihe weiterer Sozialpartner mit Hilfe von Sponsoren und Spendern für gefüllte Schultüten.



Schultütenaktion

Geldspenden bitte an:
DIE LINKE Uckermark;
IBAN: DE63 1509 170 4
0130 4846 62;
BIC: GENODEF1PZ1;
Kennwort: Schulstart
Prenzlau 2016.

Kinderfreundlich geht anders

Der Prenzlauer LINKEN-Politiker Jens Schröder ist auch, aber nicht nur aus eigener Betroffenheit zu einem der entschiedensten Kritiker der Kita-Beiträge im Land Brandenburg geworden. „Ich habe selber ein Kind“, sagt er. „Und als es um die Elternbeiträge für die Kita ging, habe ich begonnen zu recherchieren, welche Beiträge landesweit erhoben werden. Und bin dabei auf ebenso erstaunliche wie unerklärliche Unterschiede gekommen.“ So beträgt der Höchstbeitragsatz für die Krippe in Prenzlau 381 Euro, er wird bereits bei einem Nettofamilieneinkommen von 3300 Euro fällig, die Höchstbeiträge im Mühlenbecker Land liegen beispielsweise bei 486 Euro pro Kind. „Alles viel zu teuer, die Unterschiede sind nicht nachvollziehbar, wie überhaupt schwer nachvollziehbar ist, wie

diese Beiträge zusammenkommen. Es gilt der Rechtsgrundsatz, dass der Beitrag für ein Kind nicht teurer sein darf als der Platz wirklich kostet. Und dabei dürfen 84 Prozent der Personalkosten schon mal nicht auf den

Das Kreuz mit den Kita-Gebühren

Beitrag umgeschlagen werden, denn die werden ja vom Land gezahlt. Es lohnt sich also, sich im Zweifelsfall gegen die Beitragssatzungen zu wehren“, sagt Jens Schröder. Beispielsweise seien einige Kommunen dazu übergegangen, prozentual auch die kompletten

Kosten ihrer Verwaltungen auf die Kitas umzuschlagen. Das ginge natürlich nicht. Ganz besonders „schlau“ hätten es die Prenzlauer Stadtväter angestellt: Sie hatten vor Jahren einfach die Netto-Einkünfte als Berechnungsgrundlage gegen die Brutto-Einkünfte eingetauscht. „Das ging natürlich auch nicht und wurde nach politischen Protesten unsererseits zurückgenommen. Aber für ein Jahr lang galt diese Satzung und spülte mehr Geld in die Prenzlauer Kassen. Auf Kosten der Eltern. Mit der in Brandenburg viel beschworenen Kinder- und Familienfreundlichkeit hat das nichts zu tun“, sagt er. Sein politisches Ziel: Beitragsfreiheit für Kita und Krippe. Für diese Forderung kann der Politiker auch gewichtige Gründe ins Feld führen: „Kita ist Bildung und soziale Teilhabe.

Und das soll allen Menschen offen stehen und ist vom Staat zu finanzieren.“ Um die Kommunen zu entlasten, die ja für einen Teil der Personalkosten und für die Sachkosten aufkommen müssen, solle das Land komplett die Finanzierung der Kitas übernehmen. „In einem ersten Schritt könnte das sogenannte Vorschuljahr beitragsfrei gestellt werden“, sagt Schröder. Eine weitere Forderung: Die Schaffung von Elternbeiräten auch für Kitas auf Kreis- und Landesebene. Die LINKE weiß Jens Schröder bei diesen Forderungen hinter sich. Der Koalitionspartner auf Landesebene SPD tue sich hingegen schwer, sagt er. „Eigentlich unverständlich. Denn im Bundesparteiprogramm der SPD steht auch die Forderung nach Beitragsfreiheit“, sagt er. „Aber offensichtlich ist das mit der Landes-SPD nicht zu machen.“

Hier hat der Leser das Wort

Eine ernste Gefahr?

Aus einem Witz wird Wirklichkeit: Donald Trump hat sich bei den Republikanern durchgesetzt, und wenn alles so läuft wie bisher, dann wird er US-Präsident. Eigentlich unvorstellbar, allerdings hat Trump die Grenzen dessen, was vorstellbar erscheint in einer westlichen Demokratie, schon jetzt deutlich verschoben. Sein Programm ist der Kampf gegen die Eliten in Washington. Zu diesen gehört auch Hillary Clinton, die noch dazu ein Problem in den eigenen Reihen hat: Der linke Bernie Sanders, ihr parteiinterner Konkurrent, will einfach nicht klein begeben. Ein weiterer Grund, Trump ernst zu nehmen. Als Europäer gibt es übrigens keinen Grund, mit Häme oder Überheblichkeit auf den bisweilen absurd anmutenden US-Wahlkampf hinab-

zuschauen. Denn auch diesseits des Atlantiks ist der Populismus in der Politik gerade extrem erfolgreich - in jeder Hinsicht. Zwar kommt er nicht so plump daher wie mit Trump in den USA; aber macht ihn dies nicht umso gefährlicher? Wer dergleichen in Deutschland nicht will, muss den etablierten Parteien klarmachen: Es wird allerhöchste Zeit, mit Problemlösungen zu überzeugen. Was auch heißt: Rechtsaußen-Parteien bekämpfen, zugleich jedoch die Sorgen solcher Menschen ernst nehmen, die aus Verzweiflung AfD wählen. Ob ein Präsident Trump gefährlich wäre für die Weltpolitik, bleibt hoffentlich ein Gedankenexperiment.

Anstand und Moral

Der Gesetzgeber hat sich über die Anrechnung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld auf den

Mindestlohn relativ wenige Gedanken gemacht. Urlaubs- und Weihnachtsgeld sind Sonderzahlungen außerhalb des regulären Stundenlohns. Es ist schon traurig, dass man alles haarklein regeln muss, dass es keine Möglichkeit gibt, Missbrauch zu betreiben. Manchmal denke ich, wenn die Leute immer so kreativ wären, wie sie es sind, wenn es ums Geldschnefeln und um Steuervermeidung geht, dann wären die großen Probleme dieser Welt schon längst gelöst. Es macht keinen Sinn, dass Arbeitnehmer zwar einen Stundenlohn von 8,50 Euro erhalten, dafür aber andere Leistungen verlieren. Da hätte man sich den Mindestlohn auch gleich sparen können. Am allerbesten finde ich aber, dass es einen Unterschied machen soll, ob man eine Sonderzahlung auf einmal oder auf 12 Monate aufgeteilt bekommt - obwohl es um die gleiche Summe geht. Das darf ja wohl keinen Unterschied machen! 40 Stunden pro Woche

mal 4 Wochen = 160 Stunden mal 8,5 Euro pro Stunde = 1.360 Euro im Monat.

Werner Guth

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Die in den Leserbriefen geäußerte Meinung muss nicht mit der der Redaktions übereinstimmen.

Impressum

„linksrum“ ist eine Zeitung des Kreisverbandes und der Kreisfraktion DIE LINKE Uckermark.

Herausgeber:

DIE LINKE, Kreisvorstand Uckermark, Diesterwegstraße 1, 17291 Prenzlau
v.i.S.d.P.: Heidi Hartig

DIE LINKE, Fraktion im Kreistag Uckermark, Karl-Marx-Straße 1, 17291 Prenzlau
v.i.S.d.P.: Gerhard Rohne

Redaktion:
Heiko Poppe, Heidi Hartig

mail: info@dielinke-uckermark.de